

1. Die Mandantendaten werden in der Kanzlei elektronisch erfasst und gespeichert. Bei Änderungen der Anschrift oder Rufnummer, oder bei Eingabefehlern bitten wir um unmittelbare Nachricht, damit die Daten aktuell sind. Nur so können wir sicherstellen, dass wichtige Post fristwährend weitergeleitet wird.
2. Sofern Sie uns Dateien übersenden, übernehmen wir keine Gewähr für deren Eingang. Sie erklären sich mit Erteilung des Mandates damit einverstanden, dass Ihnen Schriftverkehr als e mail übersandt wird.
3. Nach der neuen Zivilprozessordnung sind die Möglichkeiten des Prozessvortrages stark eingeschränkt worden. Das bedeutet, dass in der ersten Instanz, sämtliche Tatsachen und Beweismittel vorgetragen werden müssen. In erster Instanz sind möglichst frühzeitig sämtliche Tatsachen und Beweismittel vollständig vorzutragen. Auch in erster Instanz gilt, dass das Gericht verspätet vorgetragene Tatsachen und Beweismittel nicht mehr berücksichtigt. Verspätet sind diese, wenn vom Gericht gesetzte Fristen abgelaufen sind, oder eine mündliche Verhandlung stattfindet und der Vortrag nicht rechtzeitig erfolgt ist. Wenn der Rechtsstreit verzögert wird, kann Vortrag zurückgewiesen werden. Es wird daher um rechtzeitige und vollständige Information unter Zugrundelegung aller Unterlagen gebeten. Es wird darum gebeten, die Unterlagen geordnet zu überlassen. Sie werden ferner gebeten, die Ihnen übersandten Schriftstücke hinsichtlich der Tatsachen zu prüfen, ggfs. zu korrigieren und uns dieses mitzuteilen.
4. Eventuell vom Gericht, von Behörden oder vom Gegner gesetzte Fristen sind zu beachten. Sofern in Ihrem Anschreiben „Stellungnahme“ angekreuzt ist, darf daher um alsbaldige Erledigung gebeten werden, damit diesseits eine Weiterbearbeitung vor Fristablauf möglich ist. Dieses betrifft auch gerichtliche oder behördliche Zahlungsaufforderungen. Bitte beachten Sie, dass Ihre Informationen weiter verarbeitet werden müssen, so dass wir rechtzeitig – wenigstens 3 Werktage vor Fristablauf – die Unterlagen bzw. Informationen vorliegen haben müssen.
5. Die Kanzlei ist berechtigt bestehende Honoraransprüche mit durchlaufenden Geldern zu verrechnen.
6. Sofern Sie Erstattungsansprüche an Rechtsschutzversicherung, Staatskasse oder Dritte hat, werden diese an die Kanzlei abgetreten, die diese annimmt.
7. Wir weisen darauf hin, dass wir **Rechtsmittel**, Zwangsvollstreckungsaufträge etc. nur nach ausdrücklicher Beauftragung einlegen.
8. Hinweis Arbeitsrecht
Anwaltliche Gebühren im arbeitsgerichtlichen Verfahren in der ersten Instanz werden nicht durch die Gegenseite erstattet.
9. **Beratungsmandate Vertragsgestaltung**
Das Ihnen mitgeteilte Beratungsergebnis entspricht dem aktuellem Stand der Rechtsprechung und der Gesetzgebung. Wenn sich in Zukunft etwas ändern sollte, kann das Beratungsergebnis hinfällig werden. Wir weisen darauf hin, dass wir diese Änderungen nicht automatisch prüfen können. Sie werden deshalb darum gebeten, Vertragsentwürfe, allgemeine Geschäftsbedingungen o.ä. regelmäßig überprüfen zu lassen, da ansonsten keine Gewähr für die Richtigkeit übernommen werden kann.
10. **Soweit nichts anderes vereinbart, wird nach Gegenstandswert und dem RVG abgerechnet. Die Kosten einer Erstberatung betragen max. 190€ zuzüglich MwSt.**
11. **E mail Korrespondenz:** Ich bin damit einverstanden, zum Zwecke der Vereinfachung der Kommunikation untereinander oder mit Dritten Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren/Mandat auch unverschlüsselt per E-Mail zu versenden bzw zu erhalten.
12. Der Versand von E-Mails ist einzig an die im Briefkopf genannten E-Mailadressen zulässig. Änderungen der E-Mailadresse werden unverzüglich mitgeteilt.
13. Uns ist bekannt, dass mit der Übertragung von Daten über das Internet (E-Mails, Übertragung von Daten auf/aus Web-Formularen auf der anwaltlichen Homepage, elektronische Faxmitteilungen) Sicherheitsrisiken auftreten können (Inhaltliche Veränderungen, Verfälschungen, Adressmanipulationen und damit Ausschluss der Zurechenbarkeit/Authentizität, Datenverlust, Virenübertragung, Sendungsausfall).
14. Aufgrund der möglichen Gefahr, dass die von der Kanzlei an den einzig berechtigten Empfänger gerichteten E-Mails auf den Internet-Netzstrecken von Unbefugten unbemerkt und unkontrolliert gelesen werden können, wird die o.g. Kanzlei bzw. der betreuende Rechtsanwalt/Rechtsanwältin in der o.g. Angelegenheit ausdrücklich von der anwaltlichen Schweigepflicht entbunden.
15. Der jeweilige Versender übernimmt das Zustellungs- und Kenntnisnahmerisiko.
16. Gegenüber der o.g. Kanzlei abgegebene Willenserklärungen sind per E-Mail nur verbindlich, wenn sie mit einer digitalen Signatur abgegeben wurden (mit Signaturschlüssel-Zertifikat einer Zertifizierungsstelle). Andernfalls müssen derartige Erklärungen in der üblichen Schriftform geschehen.
17. Auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die sich gegenüber der o.g. Kanzlei bzw. der betreuende Rechtsanwalt/Rechtsanwältin aus der Nutzung des E-Mail Versandes unmittelbar oder mittelbar bzw. aus einem Ausfall der E-Mail Nutzung ergeben könnten, wird hiermit ausdrücklich verzichtet.
18. Diese Vereinbarung kann nur schriftlich und für die Zukunft widerrufen werden.